

Für offene Schulen würden die Leute viel zahlen

Wenn sich der Verzicht auf Corona-Massnahmen erkaufen liesse, würden die Schweizer dafür tief in die Tasche greifen

GÜNTHER FINK UND STEFAN FELDER

Alle Massnahmen der Schweizer Regierung zur Bekämpfung der Pandemie sind mittlerweile ausgelaufen; als letzte soeben die Maskenpflicht im öffentlichen Verkehr. Laut einer SRF-Umfrage Mitte Februar hielten 24 Prozent der Befragten das Ausmass und das Tempo der Lockerung der Massnahmen zum Corona-Schutz für viel zu langsam – nur etwa halb so viele erachteten die Schritte als viel zu überhastet. 9 Prozent der Befragten nahmen in den letzten zwei Jahren mindestens einmal an einer Protestaktion gegen Corona-Massnahmen teil.

Viel weniger Freude am Leben

In einer Umfrage der Universität Basel wollten wir herausfinden, wie die Schweizer Bevölkerung die Lebensqualität mit strengen Corona-Massnahmen in Relation zu ihrer normalen Lebensqualität einschätzt. Im Durchschnitt sehr niedrig – mit ihren Antworten auf Fragen zur zeitlichen Abwägung offenbarten die knapp 1200 repräsentativ Ausgewählten, dass ihnen im Durchschnitt 12 Monate mit strengen Restriktionen nur so viel Nutzen bringen wie 4,8 Monate des normalen Lebens.

Dieser Verlust der subjektiven Lebensqualität ist massiv und bedeutet, dass die durchschnittliche Schweizerin im Zweifelsfall lieber gut vier Jahre ihres normalen Lebens als zehn Jahre mit strengen Corona-Auflagen leben würde. Es gab nur geringe Unterschiede in dieser Beurteilung zwischen der deutsch-, französisch- und italienischsprachigen Schweiz, und auch Männer und Frauen diskontierten die Lebensqualität aufgrund strenger Corona-Massnahmen ähnlich zwischen 55 und 65 Prozent.

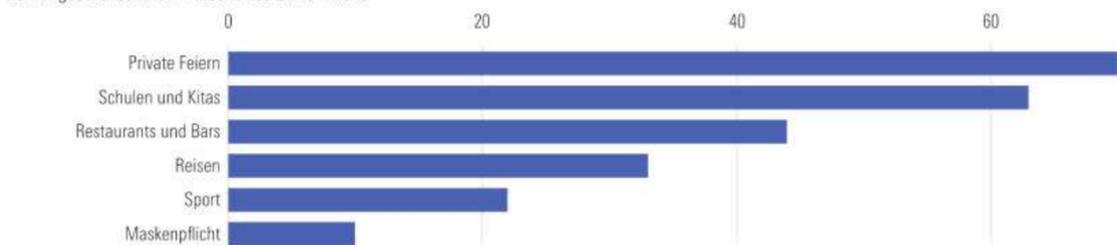
Um genauer zu erfahren, wie die Befragten die einzelnen Massnahmen empfinden, haben wir sogenannte Auswahl-experimente durchgeführt. Dabei haben wir sie mit folgender Ausgangslage konfrontiert: Stellen Sie sich vor, Sie müssten sich zwischen zwei Ländern entscheiden, die sich bezüglich dem Gehalt, das Sie verdienen, und folgenden Dingen unterscheiden: Maskenpflicht in allen öffentlichen Räumen, Zugang zu Restaurants, Klubs oder Fitnessstudios, Verbot privater Partys und Veranstaltungen, Schulschliessungen und Reiseverbot. Die Fragen waren bewusst so gestellt, dass jeder Einzelne nicht über Covid nachdenkt, sondern einfach beurteilt, wie sehr einzelne Massnahmen die Lebensqualität einschränken.



Auf dem Höhepunkt der Pandemie waren nicht nur die Schulen, sondern auch die Spielplätze davor geschlossen. P. KLAUNZER / KEYSTONE

So viel würde die Bevölkerung hergeben für ein Leben ohne diese Massnahmen

Zahlungsbereitschaft in Prozent des Einkommens



Repräsentative Umfrage vom Februar 2022

QUELLE: LINK

NZZ / art.

Die Resultate zeigen, dass die Belastung durch Massnahmen sehr hoch ist: Im Durchschnitt wäre die Bevölkerung bereit, über 60 Prozent ihres Gehaltes herzugeben, um Schulschliessungen zu vermeiden oder um private Veranstaltungen zu ermöglichen. Für Bars und Restaurants wären das 44 Prozent, für Sport 22 Prozent, für Masken dagegen nur 10 Prozent. Für die Deutsch- und Westschweiz

sind die Resultate ähnlich, im Tessin ist die Zahlungsbereitschaft niedriger und beträgt nur bei Schulschliessungen über 40 Prozent des Jahresgehalt.

Die Universität von Oxford publiziert einen Index zur Stärke der in den einzelnen Ländern während der Pandemie ergriffenen Massnahmen. Demnach erlebte die Schweiz seit Beginn 41 Tage mit starken Einschränkungen

(Oxford-Stringency-Index >70), 392 Tage mit mittleren (50–70) und 295 Tage mit leichten Einschränkungen (20–50). Gewichten wir die Tage mit starken Restriktionen gemäss der Umfrage mit einem Nutzenabschlag von 0,6, die Tage mit mittleren und leichten Restriktionen mit einem von 0,4 bzw. 0,2, so hat die Schweizer Bevölkerung in den vergangenen zwei Jahren wegen der Corona-

Massnahmen insgesamt 5,63 Millionen qualitätsbereinigte Lebensjahre oder 79 Monate pro Kopf verloren.

96 000 Lebensjahre verloren

Bisher sind in der Schweiz rund 13 000 Menschen mit oder an Covid-19 gestorben. Berücksichtigen wir die jeweilige Restlebenserwartung dieser vorzeitig Verstorbenen, beläuft sich der Verlust aufgrund der Pandemie auf rund 96 000 Lebensjahre. Das Verhältnis der Verluste an Lebensqualität und Lebensquantität beträgt somit 58 zu 1.

Wir wissen nicht, wie viele Todesfälle durch die Corona-Massnahmen vermieden wurden. Internationale Studien schätzen, dass ohne Massnahmen zwischen 0,6 und 1 Prozent der Bevölkerung an Covid-19 starben. Bei einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 7,5 Jahren wären das bei 1 Prozent der Bevölkerung etwa 640 000 Lebensjahre.

Abgesehen von den ganzen anderen Auswirkungen und Kosten – die Überbelastung des Gesundheitssystems, die massiven wirtschaftlichen Kosten und natürlich auch die massiven Impfanstrengungen –, bedeutet das vereinfacht gesagt, dass mit einem Aufwand von über 5,5 Millionen Lebensjahren etwa 550 000 Lebensjahre gerettet wurden. Das Schweizer Epidemiengesetz verlangt vom Bundesrat, dass er die Massnahmen periodisch auf deren Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit überprüft (Art. 81).

Bei der Beurteilung von medizinischen Massnahmen ist es internationaler Standard, deren Wirkung nicht nur auf die Sterblichkeit, sondern auch auf die Lebensqualität der Betroffenen zu berücksichtigen. Gemäss unserer Befragung empfindet die Schweizer Bevölkerung die Corona-Massnahmen als sehr belastend und hat eine hohe Zahlungsbereitschaft für deren Vermeidung, insbesondere wenn es um die Schliessung von Schulen und Lokalen geht.

Diese Kosten und Belastungen sind massiv und sollten vom Bundesrat in Erwägung gezogen werden, wenn es in Zukunft – vielleicht schon wieder im Herbst – darum gehen wird, die Verbreitung infektiöser Krankheiten durch Massnahmen zu bekämpfen, die die Lebensqualität der Gesamtbevölkerung stark verschlechtern können.

Günther Fink ist Professor für Epidemiologie und Haushaltsökonomie, Stefan Felder ist Professor für Gesundheitsökonomie, beide an der Universität Basel.

Preismeldepflicht für Tankstellen?

Eine staatliche Vergleichsplattform der Benzinpreise könnte laut dem Preisüberwacher Anreize zu deren Senkung geben

HANSUELI SCHÖCHLI

Benzinpreise sind im In- und Ausland ein Politikum. Der Touringclub der Schweiz bezifferte am Freitag den derzeitigen Durchschnittspreis für Bleifrei 95 auf 2.12 Franken pro Liter. Im Januar lag der Preis noch bei etwa 1.76 Franken. Der ruppige Preisanstieg infolge des Ukraine-Krieges hat auch in der Schweiz die Politik auf den Plan gerufen. Am Ende der Märzsession im Bundeshaus deponierten die drei grossen bürgerlichen Parteien Vorstösse für eine Abfederung der Preiserhöhungen auf Benzin- und Heizöl, namentlich durch eine Reduktion der Mineralölsteuer.

Unklar ist vor allem bei der FDP und der Mitte, ob diese Vorstösse ernst gemeint oder nur für die Galerie gedacht sind. Aus volkswirtschaftlicher Sicht wäre es jedenfalls kontraproduktiv, die in den Preiserhöhungen gespiegelten Knappheitssignale des Marktes durch staatliche Abfederungsmassnahmen zuzudecken. Eine andere Idee hat jüngst der Preisüberwacher Stefan Meierhans ins Spiel gebracht. Er schlägt vor, dass alle Tankstellen in der Schweiz ihre

Preise jeweils in Echtzeit einer staatlichen Stelle melden müssen. Der Bund könnte diese Preise auf einer Online-Plattform beziehungsweise via Applikation für das Mobiltelefon zugänglich machen und damit vor allem Hochpreis-Anbietern Anreize zur Mässigung geben.

Bei höherer Transparenz für die Konsumenten ist in der Tendenz mit einem Preisrutsch zu rechnen. Doch die höhere Transparenz für Anbieter über die Preise ihrer Konkurrenten könnte theoretisch auch Preiserhöhungen inspiieren.

Nur die tiefsten Notierungen

Österreich kennt eine Preismeldepflicht für Tankstellen und einen offiziellen «Spritpreisrechner» für das Publikum schon seit 2011, Deutschland seit 2013. Das Prinzip: Die Konsumenten geben ihren Standort ein und sehen rasch die günstigsten Anbieter in der Umgebung.

So ergab zum Beispiel diese Woche eine Eingabe für das Zentrum der Stadt Linz eine Liste mit den zehn nächstgelegenen Tankstellen. Bei den günstigsten fünf erscheinen die Preise – jeweils

zwischen knapp 1.67 und 1.70 Euro pro Liter Super-Benzin. Beim Rest steht lediglich «nicht unter den 5 Günstigsten». Die Beschränkung der Publikation auf die fünf tiefsten Preise soll verhindern, dass die günstigsten Anbieter angesichts höherer Preise der Konkurrenz Potenzial für Preiserhöhungen orten. In Deutschland hingegen gibt es eine solche Beschränkung nicht.

Stefan Meierhans schwebt für die Schweiz ein Modell à la Österreich vor. Die rund 3300 Tankstellen landesweit hätten seiner Einschätzung nach einen starken Anreiz, auf dieser Plattform mit dem Preis sichtbar zu werden – um Benzinkunden zu gewinnen und potenziell Zusatzumsatz in ihren Tankstellenshops zu machen.

Österreichs offizieller Benzinpreisrechner verzeichnete ab dem Start vor gut zehn Jahren bis Ende 2021 laut der Regulierungsbehörde E-Control knapp 42 Millionen Besuche; das sind im Mittel etwa 340 000 Besuche pro Monat. Hinzu kommen noch mindestens so viele Zugriffe via Plattformen der Automobilclubs. Im Jahr nach der Einführung des Preisrechners hatte der damalige Wirt-

schafts- und Energieminister einen preissenkenden Effekt des Spritpreisrechners geortet. Österreichs Automobilclub ÖAMTC begrüsst am Freitag auf Anfrage die hohe Transparenz, die besonders in Zeiten starker Preisschwankungen für die Konsumenten nützlich sei. Laut dem Regulator E-Control betrug in den Spitzenzeiten diesen März die Zahl der Zugriffe auf den Preisrechner das Sechs- bis Siebenfache des jahrelangen Durchschnitts.

Erheblicher Eingriff des Staates

In Deutschland kamen Studien über die Preiseffekte zu unterschiedlichen Ergebnissen. Rund zweieinhalb Jahre nach Einführung der Preismeldepflicht schätzte eine Untersuchung von 2016 auf der Basis eines Vergleichs mit anderen Ländern, dass die zusätzliche Transparenz bei Benzin und Diesel einen leichten Preisanstieg von durchschnittlich 1 bis 3 Cents pro Liter bewirkt habe. Eine Analyse von 2017 zeichnete dagegen ein positives Bild mit Anzeichen für eine Verschärfung des Wettbewerbs – wie die prozentuale Zunahme

des Konsums von Benzin zu unterdurchschnittlichen Preisen und die höhere Kadenz von Preissenkungsschritten. Positives vermeldete 2018 auch ein Bericht des deutschen Wirtschaftsministeriums. Dieser meldete unter anderem ein weitgehendes Verschwinden opportunistischer Preisanstiege kurz vor Ferienbeginn und generell eine gestiegene Preisensibilität der Konsumenten.

Trotzdem stellt sich die Frage, ob der mögliche Nutzen den erheblichen staatlichen Eingriff in Form einer Preismeldepflicht mit Bussenandrohung rechtfertigt. Man mag die Idee etwa so sehen: Sollte in der Schweiz eine staatliche Intervention in den Benzinpreismarkt aufgrund des politischen Drucks unvermeidlich werden, gäbe es Dümmeres als einen offiziellen Benzinpreisrechner. In manchen Sektoren schaffen private Preisvergleichsportale Transparenz. Bei Treibstoffen, die aus Konsumentensicht austauschbar sind, könnte dies besonders nützlich sein. Auch bei den Benzinpreisen gibt es private Portale, doch ihr Nutzen ist mangels rascher Aktualisierungen und mangels breiter Abdeckung beschränkt.